

Frage vom 02.12.2021, F 395

Betreff:

Der Hessische Rechnungshof kritisiert im jüngst veröffentlichten Kommunalbericht 2021, dass Frankfurt von der Substanz lebt. Zudem sind durch die Coronapandemie weitere Einnahmeausfälle zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Welche teuren Maßnahmen des Koalitionsvertrages sollen hintangestellt werden, damit künftige Haushalte nach Vorgaben der Hessischen Gemeindeordnung überhaupt genehmigungsfähig sind?

Antwort des Magistrats:

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Arslaner-Gölbasi,
sehr geehrte Frau Stadtverordnete Dr. Fabricius,
meine Damen und Herren!

Der Magistrat arbeitet mit Hochdruck an der Aufstellung eines genehmigungsfähigen Haushalts 2022. Die wirtschaftlichen Folgen der pandemischen Lage und die nicht ausreichende Rücklage erzwingen dabei voraussichtlich die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts.

Die Einbringung des Entwurfs zum Haushalt 2022 in die Stadtverordnetenversammlung erfolgt voraussichtlich im Februar 2022.

Antragstellende Person(en):
Stadtv. Dr. Veronica Fabricius

Vertraulichkeit: Nein